busschieben" in ihrem Betriebe zu verbieten; auch ist es nebensächlich, festzustellen, was sich zwischen den Firmeninhabern und den Anschlägern abgehandelt hat. Der Latbestand selbst ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Firma an die Organisationsleitung einen Brief richtete, in dem sie schrieb, der Werkstabenvertrauensmann habe im Auftrage der dort beschäftigten Anschläger erklärt, die Verantwortung dem Verbands gegenüber zu übernehmen. Öffentlich basiert die Mitteilung der Firma auf einer mißverständlichen Auffassung. Ist es aber richtig, was die Firma geschrieben hat, so muß von Seiten der Organisation, ohne Rücksicht auf Personen, keiner Tisch gemacht werden. Solches Treiben übt keinen schädlichen Einfluß weit über die Grenzen Offenbachs aus, und hat die Kollegenschaft Deutschlands ein eminentes Interesse daran, zu erfahren, was Wahres an der Geschichte ist. Sie darf und wird es nicht dulden, daß einzelne Verbandsmitglieder sich das Recht herausnehmen, unseren Verband in den Augen der anderen Gewerkschaftler herabzusetzen und den Anschein erwecken, als werden im Sattler- und Portefeullerverband Leute geduldet, die eher in die Reihen der "Gelben" und "Arbeitswilligen" gehören als in eine moderne Gewerkschaft. Unser Verband ist und bleibt neben seinen Unterstützungsrichtungen doch in erster Linie eine Kampforganisation. Daß solche Vorkommnisse die Position der bei Zwischenmeisterin beschäftigten Kollegen und Kolleginnen erheblich beeinträchtigen, braucht nicht besonders betont zu werden.

Nun die rechtliche Lage. Gegen die Firma muß wegen Tarifbruchs Klage beim Schiedsgericht eingereicht werden. Ohne die Schiedsrichter nach irgendeiner Seite hin beeinflussen zu wollen, steht doch sicher fest, daß Bestrafung erfolgt, aber nicht nur gegen die Firma, sondern auch gegen die Arbeiter, die trotz Verwarnung den Tarif gebrochen haben. Ist es nun nicht ein Schauspiel für Götter, daß Arbeiter die zu ihrem Schutze geschaffenen Bestimmungen wissenschaftlich überlesen und von den ihnen selbst geschickten Vertrauensleuten und Schiedsrichtern in eine Strafe genommen werden müssen? Die weiteren Folgen seien hier nicht ausgesprochen. Es ist zu hoffen, daß es nur dieser öffentlichen Kritik bedarf, um die Kollegen zu veranlassen, ihr selbstwörderisches Treiben aufzugeben und mit dafür zu sorgen, daß diese Einzelercheinungen keine Nachahmung finden.

Auch in Berlin läßt die Tarifinhaltung noch manches zu wünschen übrig, obgleich, wie mit Benutzung hervorzuheben ist, unsere Kollegen sich hüten, den tarifbrecherischen Firmen irgendwelchen Vorschub zu leisten. Sie sagen nicht ohne Hintanhaltung ihrer Pflichten: „Nun habe mer Ernst, nun schaffe mer!“, sondern suchen die Situation für sich im ergiebigen Maße auszunutzen. So wurde in den letzten Tagen den früheren Gürtelfabrikanten, die außerhalb der Tarifgemeinschaft standen, jetzt aber durchweg Taschenfabrizieren, der Tarif zur Anerkennung unterbreitet und eine fünfprozentige Lohnerhöhung gefordert. Es hat nur einer Verhandlung mit den einzelnen Unternehmern bedurft, um diese Forderungen vollkommen zur Durchführung zu bringen. Die Arbeiter der Kleintaschenindustrie Berlins nehmen kein Arbeitsgebot an, das ihnen nicht mindestens 55 Pf. Stundenlohn garantiert. Es dürfte keinen Fabrikanten geben, der sich rühmen könnte, dem wenigst qualifizierten Arbeiter weniger zu zahlen. Daß Durchschnittsarbeiter und sogenannte bessere, und das ist doch die überwiegende Mehrzahl, mehr verdienen, versteht sich am Bande.

Die Arbeiter der Album-, Napfen- und Ledergalanteriebranche befinden sich in einer Tarifbewegung, die zurzeit

sich im Stadium der Verhandlungen befindet. In Berlin wie in Offenbach ist zurzeit kein Kollege der Portefeuller- und Kleintaschenbranche ohne Verdächtigung.

Zwei Beispiele, wie eine Berliner Firma versucht, die tariflichen Bestimmungen zu umgehen: Die Firma Vitzges u. Co. hat trotz der entgegenstehenden Bestimmungen des Abtates 5 des § 8 im Tarifvertrag, welcher lautet: „Um das Zwischenmeisterintem in der Taschenbranche nicht auszudehnen, dürfen die Heimarbeiter keine fremden Arbeitskräfte beschäftigen, mit Ausnahme eines Lehrlings und der eigenen Familienangehörigen“, doch einen Zwischenmeister eingestellt. Satzungsgemäß wurde erst der Arbeitnehmernamn, dann die beiderseitigen Elemente vorstellig. Der Inhaber, Herr Stade, hat nach der eingereichten Beschwerde einfach den Zwischenmeister dadurch zum faktischen gemacht, daß er ihm die Zutateu verrechnet bezw. beim Leder- und Bügelhändler „auf“ für ihn laßt. Das schönste ist nun, daß im Termin des Schiedsgerichts alle Besucher der Meinung waren, daß hier eine Umgehung des Vertrages unstrittig vorliegt. Trotzdem ist auf Vorschlag des Vorsitzenden die Sache zwecks weiterer Verweiserhebung zu einem späteren Termin vertagt worden. Mittlerweile arbeitet dieser Zwischenmeister für die Firma, und bis die Sache entschieden ist, ist die Saison vorbei. Der tarifverpflichtete Fabrikant hat uns eine schöne Nase gedreht. Die Stofferfabrik Lerch glaubt sich ihren vertraglichen Verpflichtungen entziehen und Kollegen ungesühnt maßregeln zu dürfen, wenn sie aus der Fabrikantenvereinigung austritt. Der Inhaber falluliert: „Der Fabrikantenverein hat es abgelehnt, über Nichtmitglieder zu Gericht zu sitzen, folglich kam ich außerhalb der Vereinigung tun, was ich will!“ Auch hier ist trotz eines offensibaren Tarifbruchs, es handelt sich um eine Maßregelung, Vertagung beschlossen. Tak solche Vorkommnisse dazu beitragen, das Rechtsgefühl bei den Arbeitern ungenügend zu beeinflussen, steht unstrittig fest. Deshalb hat die Tarifüberwachungskommission sich bezogen geföhlt, den Vorstand resp. die Arbeitschiedsrichter zu einer gemeinsamen Besprechung zu laden, die auch am 5. Oktober im Bureau des Zentralvorstandes, Brüdenstraße 10b, stattfand. Nach Vortrag unserer Beschwerden wurde völlige Einmütigkeit in folgenden Punkten festgelegt:

1. Es ist nicht zulässig, den § 8 Abt. 5 des Vertrages in der Weise zu umgehen, daß eine Firma einen Heimarbeiter dadurch zum selbständigen Gewerbetreibenden macht, indem sie dem betreffenden Heimarbeiter die zur Fertigstellung der Artikel notwendigen Materialien auf Rechnung stellt.

2. Die Arbeitgeberbesitzer zur Schlichtungskommission sind bereit, in allen Streitfällen, den Tarifvertrag betreffend, zu beraten und Recht zu sprechen, auch dann, wenn es sich um außerhalb der Fabrikantenvereinigung stehende Mitglieder handelt.

3. Die gemeinschaftliche Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter der Portefeuller- und Kleintaschenbranche Berlins beschließt, dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts mitzuteilen, daß folgende Änderungen der Geschäftsordnung der Schlichtungskommission als Bestandteile des Tarifvertrages zu gelten haben.

Dem § 4 Abt. 2 ist anzufügen: und übernimmt die Ladung der Parteien, Zeugen und Beisitzer.

§ 4 Abt. 5 soll heißen: Die Schlichtungskommission hat durch ihren Vorsitzenden uho. Im § 4 Abt. 8 ist in der zweiten Zeile hinter dem Worte „Ausfertigung“ einzuschalten: des Urteils bezw. Verhandlungsprotokolls.

Dem § 8 ist anzufügen: Gegen Parteien, die trotz formgerechter Ladung anberaumten Terminen fernbleiben, ist ein Verfallurteil zu erlassen und die Tragung der Kosten des Termins auszusprechen.

Die notwendigen Auslagen für die durch den Vorsitzenden geladenen Zeugen und deren

Zeitverfallnis werden von der unterliegenden Partei gezahlt.

Offentlich gelangt es nun mit vereinten Kräften, den Tarifbrechern ihr schmerzliches Handwerk zu legen und die sich immer breiter machende Schmutzkonfurrenz, durch die auch die Arbeiter in Mitleidenhaft gezogen werden, zu beseitigen.

In Freiberg i. S. haben bekanntlich die Kollegen bei der Firma H. Schlegel einen Tarif eingereicht, welcher ohne wesentliche Änderungen am 11. September d. J. von dem Mitinhaber, Herrn Lindener, aufgegeben wurde. Der Tarif sollte am 1. Oktober in Kraft treten. Am 5. Oktober legten die Herren Prinzipale den Arbeitern einen umgearbeiteten Vertrag vor, der durchaus nicht akzeptiert werden konnte, weil die Bestimmungen betr. Bezahlung der Arbeitszeitverfallnisse bei Kontrollveranlassungen uho., Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, Vereinbarung betr. Verbrüngenwochen, Garantieohn für Affordarbeiter, Gleichstellung der ungelerten Arbeiter mit den gelerten, sobald diese gleiche Arbeiten ausführen, Mitbestimmungsrecht des Arbeiterausschusses bei Differenzen im Betriebe uho. in dem Vertrage nicht festgelegt sind. Dagegen wurde den Arbeitern zugemutet, eine Bestimmung anzunehmen, nach der die Affordpreise nicht mehr nach Duzend, sondern nach Stück festgesetzt werden sollten, um so die bewilligte Vergütung für Einzelstücken zu inbieren. Auf keinen Fall wollte die Firma nochmals mit einem Vertreter der Organisation verhandeln. Zu einer von allen Mitgliedern be suchten Versammlung am 9. Oktober wurde in geheimen Abstimmung eine Resolution angenommen, die befaßt, daß alle eher die Arbeit niederlegen, als sich diesem Vertrage zu unterwerfen. Diese Einmütigkeit hat ihren Zweck erreicht. Die Firma hat am Montag, den 11. Oktober, mit einem Vertreter des Zentralvorstandes verhandelt und den Forderungen der Arbeiter nachgegeben. Es ist zu wünschen, daß die Kollegen der Firma H. Schlegel auch dann so auf dem Stande sind, wenn es sich nicht gleich um Abwehren solcher Tarife handelt.

Auch in Stuttgart herrscht günstige Konjunktur. Wenn im allgemeinen die hiesigen Unternehmer sich mehr an die tariflichen Abmachungen halten, so doch, gestützt auf die Offenbacher Mißbräuche, einer oder der andere der Herren es wagen, sich über den Vertrag hinwegzusetzen. Allerdings scheitert dieses Vorhaben schnellstens an der Einmütigkeit und Standhaftigkeit unserer Kollegen.

Wie die Verhältnisse der Portefeuller und Reiseartikel-sattler in Leipzig liegen, entgeht sich jetzt vollends unserer Kenntnis. Aufsteigend haben die Kollegen keine Veranlassung, die Leffentlichkeit in Anspruch zu nehmen. Dasselbe ist von Nürnberg und München zu berichten. Ueber Bielefeld wurde vor noch nicht allzulanger Zeit geschrieben, weswegen eine nochmalige Schilderung sich erübrigt. In Götting werden hoffentlich bald andere Organisationsverhältnisse eintreten, die es ermöglichen, mit den dort herrschenden Mißständen gründlich aufzuräumen.

Alles in allem geben diese Schilderungen ein Bild, wie es in der Portefeuller- und Reiseartikelbranche zurzeit aussieht. Sie beweisen, daß die Arbeiterschaft auch nicht den geringsten Grund hat, sich anzurufen oder die Dinge gehen zu lassen wie sie eben gehen. In wenigen Wochen ist die Konjunktur abgestant, und die Misere der Arbeitslosigkeit und ihre schädlichen Begleitercheinungen beginnt ihren Kreislauf. Es dürfte daher der Rat bei allen Kollegen Widerhall finden: „Laßt Euch jetzt zu keinen Dumheiten hinreißen, die Ihr später teuer bezahlen müßt! Denkt jetzt daran, alle zu Eurem Vorteil geschaffenen Tarifbestimmungen zum Durchbruch zu bringen! Agitiert und organisiert unallässig für unseren Verband, damit der Winter und die tote Saison alle Kollegen und Kolleginnen kampfbereit zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Positionen vorfindet!“

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Militärsattlerbewegung in Bayern. Durch die Mißstände, die im Herbst 1908 zutage getreten sind, anlässlich der Vergabe von Militärsattlerarbeiten der Artillerieverwaltung an Privatfirmen, haben wir uns veranlaßt, bei der in Aussicht genommenen Vergabe im September 1909 zu versuchen, uns mit den bayerischen Fabrikanten vor der Submission zu verständigen, um einheitliche Löhne durchzuführen zu können. Auf ein an die Fabrikanten gerichtetes Rundschreiben der Zentraltarifkommission hat lediglich die Firma Kleinbeinz-Windchen sich bereit erklärt, einen gemeinsamen Tarif abzuschließen. Am 24. September wurde nun von der Organisation Herrn Kleinbeinz ein Tarif unterbreitet, trotzdem derselbe von den vergebenden Behörden der Artillerie-Verwaltung nicht angenommen hat. Es hat sich zu nächst um alle Karabinerfutternale gehandelt, des weiteren um die Regelung der Arbeitszeit, sowie um Anerkennung des neuen Berliner Akkordtarifs. Bei dem Karabinerfutternal wurde der Berliner Preis erzielt. 19 Pf. hatte Herr Kleinbeinz bereits angelegt, bis es zur Verhandlung kam, so daß nunmehr eine Differenz von 7 Pf. war, welche durch die Verhandlung gleichfalls gutgeheißen und auch nachbezahlt wurde. Die Länge der Arbeitszeit will sich Herr Kleinbeinz nicht vorzeichnen lassen. Er möchte sich aber lassen lassen, daß er eigentlich die rückständigste Fude hier am Orte hat. Natürlich mußte die Konfektion erhalten. Vor der Anerkennung des Berliner Tarifs muß er sich erst mit den übrigen Fabrikanten verständigen, oder diese sollen sich zusammenfinden, um gemeinsam einen Tarif abzuschließen. Zu erwähnen ist hierbei, daß Herr Kleinbeinz mit der Organisation durchaus nicht verhandeln wollte, erst durch das Eingreifen des Herrn Gerichtsrat Dr. Giesler wurde er an sein Versprechen vom vorigen Jahre erinnert, wo er die Erklärung abgab, daß er jetzt gewillt sei, einen Tarif abzuschließen, der es ihm ermöglicht, mit den übrigen Firmen konkurrenzieren zu können. Dies hat er getan, um eine Arbeit von der Stadt zu erhalten, denn Herr Kleinbeinz hat seit der Lohnbewegung von 1907 für gar keine größere Arbeit erhalten, nur kleinere Aufträge einzelner Regimenter. Die Verhandlungen wurden ausgesetzt und am 7. Oktober verschoben. Durch unsere Erkundigungen erfahren wir, daß auch Herr Bohmann in Kaiserslautern gewillt ist, einen deutschen Militärsattler-Tarif anzuerkennen. Die Firma Kömer-llm a. D., welche mittels Einschreibebrief aufgefordert wurde, eine Erklärung abzugeben, hat dies bis zur Stunde, also zwei Tage später als der Termin befragt, nicht getan. Da er keine Antwort gab, mußten wir annehmen, daß er nicht einverstanden sei mit der Schaffung eines einheitlichen Tarifs; diese ihm mitgeteilte Annahme faßt der Herr nun als Drohung auf. Die Fabrikanten haben sich gegenseitig rechtlich verständigt und scheint das Telefon nicht alles richtig an Ort und Stelle gebracht zu haben. Die Zentrale Kaiserslautern hat uns schriftlich berichtet, daß dieselbe seit drei Jahren 9 1/2 Stunden pro Tag arbeitet. Herr Bohmann hört hat telefonisch behauptet, daß 9 1/2 Stunden gearbeitet wird. Das Gegenteil von dem, was er Herrn Kleinbeinz berichtet hat, ist richtig. Er solle nur einen Tarif mit seinen Arbeitern abschließen als wie Herr Kömer es gemacht hat. Trotzdem ist der Tarif in Elm ohne Zustimmung der Zentraltarifkommission zustande gekommen, ist aber von der Organisation untergezeichnet. Herr Kleinbeinz ist trotzdem zu der Verhandlung am 7. Oktober gekommen. Er ist gewillt, mit seinen Arbeitern einen Tarif abzuschließen, wie ihn seine Konkurrenten, Kömer-llm, Jansen-Strasbourg, Maurys-Offenbach auch hätten. Er wollte also die Organisation sowie das Gewerbeamt ausschließen. Auch die Vorbereitungen in der Werkstatt hatte er schon dementsprechend getroffen. Einige Kollegen, in denen er die „Heber“ vermutete, hat er auf die Straße gesetzt wegen Arbeitsmangel. Die Arbeitszeit will er ebenfalls um eine halbe Stunde verkürzen, aber „eine Ruhe“ möchte er haben. Auf dem Gewerkegericht mußte er sich von Herrn Gerichtsrat Dr. Giesler belehren lassen, daß ein derartiger Vertrag ihm überhaupt nichts nütze, da die Organisation jederzeit das Recht hat, einen Streik bei ihm in die Wege zu leiten. Nach längeren Auseinandersetzungen wurden von uns an Herrn Kleinbeinz folgende Fragen gerichtet: 1. Ist Herr Kleinbeinz gewillt, den Berliner Tarif, wie derselbe zum Abschluß gelangt, anzuerkennen? 2. Ist Herr Kleinbeinz gewillt, den Verhandlungen der norddeutschen Fabrikanten mit der Zentraltarifkommission beizuwohnen?

Frage 1 wurde dahingehend beantwortet, wenn sich der größte Teil der Fabrikanten, und mindestens

eine bayerische Firma, und zwar die Firma Bohmann-Kaiserslautern denselben anerkennt, wird der Tarif auch anerkannt werden. Auf die Frage 2 verpflichtete er sich mitzuwirken, soweit es ihm nur irgend die Zeit erlaubt. Diese Erklärungen wurden zu Protokoll genommen und sind für uns maßgebend. Die Organisationsvertreter gaben hierauf die Erklärung ab, vorläufig hiermit einverstanden zu sein, protestierten jedoch ganz entschieden dagegen, daß die 10stündige Arbeitszeit noch weiter bestehen soll, da hier seit einer Reihe von Jahren in den verschiedenen Berufen die 10stündige Arbeitszeit eingeführt und also als ortsüblich zu bezeichnen ist. Hiermit sind die Verhandlungen für uns vorläufig zu Ende geführt und übergeben wir nunmehr die Arbeit der Zentraltarifkommission mit dem Auftrage, auch überall da, wo bis jetzt der neue Tarif noch nicht eingereicht ist, dasselbe zu tun. Die bayerischen Fabrikanten mögen sich nun mit ihren norddeutschen Kollegen ins Einvernehmen setzen, dann können sie, wenn sie Lust haben, mitberaten. Sind sich die Arbeiter überall einig und schließen nicht hinterherum einen Tarif anzuhaben der Fabrikanten ab, wie es die Arbeiter belibien, so daß nun der Fabrikant schon als „Arbeiterfirma“ dasteht, dann werden auch bei den Militärsattlern andere Zustände Platz greifen.

Enlheim. Von der Tarifbewegung in der Talschen- und Börsenstraße ist zu berichten, daß der bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern geschlossene Tarifvertrag von der Mehrzahl der Zwischenmeister anerkannt wurde. Ebenso der Akkordlohn tarif. Es wurde vereinbart: Eine 57stündige Arbeitszeit, dreijährige Lehrzeit für männliche und 1 1/2 jährige für weibliche Kollegen; 24 Mk. Mindestlohn im dritten Jahr nach der Lehre bei männlichen, 12 Mk. im zweiten Jahr nach der Lehre bei weiblichen Kollegen; 5 Proz. Lohnerhöhung für alle zwischen 24 und 28 Mk. und zwischen 12 und 18 Mk. entlohnten Arbeiter und Arbeiterinnen; eine kleine Einschränkung der Schmarbeit, Bezahlung der Überstunden und Nacht- bzw. Feiertagsarbeit mit 25 bzw. 33 1/2 Proz. Eine Schlichtungskommission mit Entscheidungsgewalt wurde eingesetzt, auch die jetzige Akkordlöhne bedeuten für die Mehrzahl unserer Kollegen eine Erhöhung gegen den jetzigen Zustand. Sind doch beispielsweise die Hügeltschen für welche 30 und 35 Pf. bezahlt wurden, auf 50 Pf. pro Tagend gestiegen. Eine Versammlung am 4. Oktober nahm zu diesen Abmachungen Stellung. Kollege Schulz als Referent betonte, daß, wenn größere Lohnerhöhungen nicht erzielt seien, es in erster Linie darauf zurückzuführen sei, daß infolge des Mißtrauens der Zwischenmeister gegeneinander eine geregelte Verhandlung fast unmöglich war, daß aber auch andererseits die Kollegen nicht hätte weit besser auf dem Markt sein müssen. Erhebend wirkte es, als Medner erzählte, die Zwischenmeister behaupteten, es sei ihnen von Weinsölden versprochen worden, daß sein Kollege mehr in Offenbach oder Frankfurt bei den Fabrikanten Arbeit holen würde. Dieses würde Wasser auf die Mühlen eines Zwischenmeisters wie Fribel in Bergen oder Däschert in Heckenheim sein. Gewiß sind auch von Kollegen Fehler gemacht worden, hauptsächlich in der schlechten Konjunktur, aber diese nun allgemein als Sündenböcke hinzustellen, geht doch nicht an, und wenn Philipp Däschert es so hinstelle, als seien die Zwischenmeister von uns betrogen worden, so möge er bei sich anfangen. Verschämte er es doch nicht, seinen Anschläger anstatt richtigen Wochenlohn, zu Weichhaken oder Neujahr eine Prämie zu zahlen. Bei der geringsten Ursache hieß es dann, ja wenn Ihr oder Du nicht besser arbeitest, dann bekommst Du nichts zu Neujahr. Solche Leute haben absolut keine Ursache, sich über uns aufzuregen. Die Versammlung nahm schließlich die Abmachungen an und beauftragte die Lohnkommission, bei den Arbeitgebern, welche noch nicht unterschrieben haben, nochmals persönlich vorstellig zu werden. Das ist inzwischen geschehen, aber noch nicht bei allen. Doch können wir heute schon sagen, daß überall dort, wo unsere Kollegen auf organisiert sind und sich auf die Organisation stützen konnten, anstandslos unterschrieben wurde. Ein Beweis mehr für die Kollegen, alles aufzubieten, um auch den letzten Mann in die Organisation zu bringen. Bemerkte sei noch, daß unser Vertreter an manchen Plätzen empfangen wurde, ähnlich als käme er einem bösen Willenbesitzer zuzuhör; na, geschadet hat es ja nichts, und wir können dem Herrn die Freude, daß er nachher erzählen konnte: Dem hab ich's aber gesagt, daß ich keine Leute brauche, daß ich selbst arbeiten kann. Aber Herr S., warum tun Sie es denn nicht?

Wir wollen auch nicht verhehlen, daß die Herren Zwischenmeister an den Kreaturen der Firma Rieth u. Kopp willige Beschäfer gefunden haben. Da fällt uns auch noch ein, daß der Schutz dieser Leute doppelte ist, daß sie eben glücklichen, ab gelernten oder ungelernen Arbeiter, als Zwischenmeister an-

nahmen, wenn er nur billiger arbeitet. Diese Leute machen sich übrigens in unseren Orten recht beliebt, und namentlich einer, den wir nicht näher bezeichnen wollen, kann oder könnte vielmehr ein ergreifendes Bild davon zeigen. Soldat „Schub“ können unsere Zwischenmeister gerade noch gebrauchen, damit sie den letzten Rest von Vertrauen bei ihren Hilfskräften verlieren. Unter solcher Fraßkation ist es dem Zwischenmeister Auf in Bergen möglich, für ein Tubend Klügeltschen anzuschlagen 25 Pf. zu zahlen, und dies nur durch intensive Ausbeutung unendlicher Arbeitskräfte, die er sich von Langensfeldholt hält. Außer seiner franken Frau, seinem kranken Sohn, erwachsenen Sohn, zwei Weibern und zwei Mädchen müssen auch noch seine zwei Kinder von etwa 7 bis 9 Jahren mithelfen. Ein Kind in dem Mann während der Arbeitszeit zeigt uns ein Bild des Jammers. In dumpfer Luft, ohne Sonne, die beiden Kinder, den denen das eine die Spuren einer schweren Krankheit an sich trägt, auf niedrigen Stk. fast auf dem Erdboden liegend, und Grinsen pappend oder anziehend; dieses Bild von Seimarbeiterleid ist jedem unübergehtlich, der es je gesehen und solche Zustände werden von den Fabrikanten à la Rieth u. Kopp gewünscht, ja sogar geübt. Auch die Firma Hubert zählt zu denen, welche Löhne an die Zwischenmeister zahlen, die jede anständige Regelung ausschließen. Das ist die Sozialpolitik der Lederwarenfabrikanten. Unsere Kollegen werden sich das merken müssen, um sich immer und immer wieder zu fragen: Wie würde es stehen, wenn keine Organisation da wäre? Kollegen und Kolleginnen! Nehmt daran die Lehre, daß wir alle mitemtlich arbeiten, euerisch agieren müssen, um unsere Organisation kampffähig zu erhalten und uns Arbeitsbedingungen zu schaffen, bei denen wir bestehen können. An alle Eltern aber richten wir das dringende Ersuchen: Gebt eure Kinder nicht in solche Betriebe und in die Hände solcher Ausbeuter, damit sie nicht Schaden an Leben und Gesundheit nehmen.

Stuttgart. Lohnbewegung. Bei den Leder- möbelfirmen Auell und Pübler wurden die Tarifverträge erneuert. Die Stuhlmacher sowie die Ködermacher sind demselben erstmals angeschlossen worden. Die Forderungen enthielten: Einen Mindeststundenlohn von 50 Pf.; der früher enthaltene Maximalstundenlohn (60 Pf.) sollte in Wegfall kommen. Eine Erhöhung der Akkordlöhne um 8 Proz. Die wöchentliche Arbeitszeit soll 50 Stunden betragen. — Erreicht wurde: Ein Mindeststundenlohn von 50 Pf. Der Maximallohn von 60 Pf. wurde auf 65 Pf. erhöht. Eine gänzliche Befreiung des Maximallohnes konnte nicht erreicht werden. Dadurch erhöhen sich die Stundenlöhne sämtlicher Akkordarbeiter. Die Akkordlöhne erhalten 5 Proz. Aufschlag. Stuhlmacher und Ködermacher werden dem Tarif angeschlossen. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 51 Stunden. Bei Neuanfertigung sowie bei Abänderung von Modellen wird der Stundenlohn garantiert. Die bis zum 15. August 1910 neu eingeführten Modelle werden den Tarifen angefügt. Die Tarifverträge sind von den in beiden Betrieben itädig bestehenden Werkstattkommissionen abgeschlossen worden und laufen bis 15. August 1911. Von den 75 beschäftigten Tapezierern und Sattlern sind 11 Mitglieder unseres Verbandes. Davon erhielten vier Kollegen (Tageslohn) eine Erhöhung von 2—5 Pf. pro Stunde. Den übrigen kommt die Erhöhung der Akkordlöhne zugute. Diese Bewegung ist nach langwierigen Verhandlungen ohne Kampf beendet worden.

Der schwedische Generallstreik. Bis zur Stunde liegen neue Nachrichten über die Situation in Schweden nicht vor. Nur in der bekannten „Deutschen Arbeiterzeitung“ stammelt Herr Meiswiz etwas, was man bei einwilligen Durchlesen nicht gleich versteht. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt u. a. über das Verhalten des Arbeitgeberverbandes in Schweden, daß er keine rühmliche Rolle gespielt hat (bei den Verhandlungen nämlich) und auch diesmal der Urheber dafür ist, daß keine Verständigung herbeigeführt werden konnte — nur verständlich ist es, wenn die Arbeiter auf solche Bedingungen nicht eingegangen sind.

Daß Herr v. Meiswiz dieses als eine „dreifache Verdrehung des Tatbestandes“ bezeichnet, ist verständlich und nur nebenbei zu erwähnen.

Der Kampf geht also weiter. Bis zum 2. Oktober waren bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1001 046,00 Mk. eingegangen, die den kämpfenden Schweden zugeführt werden konnten. Erfreulicherweise sieht man auch

aus den jetzt eintreffenden amerikanischen Gewerkschaftsblättern, daß man dort das bis jetzt Verfaßte nachsehen will und eine energische Unterstüßungsaktion für die Schweden einleitet. Spät kommt's aber, doch's kommt's!

Die „Deutsch-amerikanische Wäckerzeitung“ schreibt in einem Aufsatz unterm 25. September:

„In der Zwischenzeit werden hoffentlich die Beamten der American Federation sich den Schluß aus den Augen reißen. Eine Kopffleiher von fünf Cents pro Wäcker der American Federation of Labor würde für die Unterstützung der schwedischen Streiker die Summe von etwa 100.000 Dollar abheben, und wir wagen zu sagen, daß die schwedischen Kapitalisten den Kopf verlieren würden, sobald eine solche Summe aus den Vereinigten Staaten einträte. Fünf Cents pro Mann bedeuten für den einzelnen, der es gibt, gar nichts, aber die dadurch erlangte Summe mag für die schwedischen Streiker den sofortigen Sieg bedeuten. Aber während die American Federation of Labor weiter schläft, dürfen unsere Mitglieder nicht von sich sagen lassen, daß auch sie vergaßen, ihre Pflicht zu tun, während ihre schwedischen Arbeitsbrüder der Hilfe dringend bedürften.“

Neamt in Eurer nächsten Versammlung die Sache unverzüglich auf und bewilligt eine annehmbare Summe! Um die Abfertigung der Gelder nach Schweden zu vereinfachen, ist es ratsam, daß Ihr die gemachten Bewilligungen so schnell wie möglich an das Verbandshauptquartier einschickt, von wo aus es dann unverzüglich an die zuständige Leitung des schwedischen Generalstreiks gesandt wird, als ein weiterer Schlag gegen die schwedischen Kapitalisten und eine Ermunterung zu weiterem Aushalten für die tapferen Kämpfer!“

Der Streik bei der Firma V. Kathe nimmt seinen Fortgang. Die Firma inseriert in bürgerlichen Blättern aller Gegenden Deutschlands, um Wagenmacher, Klemmermacher, Kollierer und Tapezierer. Sie verspricht „dauernde und lohnende Beschäftigung“. Das Reisegeld vierer Klasse soll nach 14 Tagen der Beschäftigung vergütet werden. Es haben sich zu dem streikenden Arbeitswilligen Köhler aus Eisenach, hier wohnhaft Streiberstr. 32, noch ein Sattler Selbzig aus Oberdöblingen, Kranzstraße, und zwei Gekleiderarbeiter, die vielleicht einmal das Tapeziererhandwerk erlernt haben, namens Meier, Brunnschwarte 27, und ein gewisser Schumannlöf, Mittelhof 6a, hinzugesellt. Die meisten Elemente wurden, damit sie nicht etwa mit den alten Arbeitern in Verührung kommen sollten, morgens und abends per Auto von und nach Hause befördert. Außerdem erhielten sie in der Werkstat: Pilsbrotmittagsstück nebst je zwei Flaschen Bier. Es ging den Hausvätern also gar nicht so schlecht. Am 7. Oktober erhielt Herr Kathe einen Trupp Arbeitswilliger, die anscheinend durch Agenten in den Berberbergen und Äthlen verschiedene Städte aufgesessen worden sind. Die faulereu Herrschaften wurden in den Gäßchen Stadt Maadburg und Grüner Hof eingeliefert. Sie werden ebenfalls morgens, mittags und abends per Auto befördert. Auch sonst sorgt Herr Kathe für die hochwichtigen Leute wie für seine leiblichen Kinder. Zum Frühstück erhalten sie belegte Brote. Damit sie sich nicht erkalten, ist an der Dorsicht des Betriebes ein großer Vorhang angebracht worden. Beim Aus- und Einströmen könnte sie sonst der im Oktober nicht immer freundliche Jugend treffen und den garten Organismus der lieben Schickslinge in Unordnung bringen. Und um dieses rührende Jöhl von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit vollständig zu machen, zahlt Herr Kathe den edlen Rittern vom schreuen Blid Stundenlöhne von 45 bis 55 Pf. Seine früheren Arbeiter erhielten 35 bis 40 Pf., ihnen natürlich konnte er nicht etwa auch nur einige Pfennige Leberstundenaufschlag zahlen, von wegen des harmonischen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitern. Nebenbei bemerkt, leisten die hochbezahlten Hausväter allenfalls die Hälfte der Arbeit, die früher von den Streikenden verlangt wurde. Ein Beweis mehr dafür, daß sehr wohl in diesem Betriebe ein guter Lohn gezahlt werden könnte, wenn Herr Kathe nur wollte.

Der Kampf ist also seit vorigen Mittwoch in ein anderes Stadium getreten; ein Trupp Arbeitswilliger in Stärke von 35 Mann ist durch Vermittlung des Arbeitgeberverbandes vom Internationalen Bureau der Witte Müller aus Wandsbeck, von Agenten begleitet, hier angekommen. Aufser diesen traurigen Wesalten, welche zum Teil ungelernete Arbeiter sind, haben sich noch mehrere Tapezierer veranlaßt gesehen, auch mit einzujpringen, so daß nicht weniger als 45 solcher Helden rausreißer die eine berichten. Dieses minderwertige Menschennaterial kann auch nicht im entferntesten unsere Kollegen ersetzen, was aus Verhandlungen der Kommission mit Herrn Kathe zu ersehen war. Herr Kathe hat sich festgesetzt und weiß nicht ein noch aus, zumal er sich verpflichtet mächte, die Kolonne 14 Tage lang zu beschäftigen;

man hat er aber noch weiter erklärt, daß noch 50 Mann kommen; was er demal anfangen will, weiß er wohl selbst nicht. Sein Vorhaben, die Organisation zu vernichten, in ihm sich jetzt nicht gelungen. Injere dortigen Kollegen sind aber auf dem Posten und haben bis jetzt 32 Sattler und Tapezierer, welche auf Beschreibung nach Halle kamen, abgefangen. Der Kampf geht in verschärfter Form weiter. . . r.

Bericht von der Gaukonferenz des Gaues Offenbach.

Am Sonntag, den 3. Oktober, tagte im Gewerkschaftshaus in Offenbach die erste Gaukonferenz des Gaues Offenbach. Gauleiter Kollege Höf eröffnete dieselbe 9 1/2 Uhr mit herzlichem Begrüßungsworten an die Erschienenen. Nach kurzer Geschäftsverordnungsdebatte über die Wahl des Vizepräsidenten und Agitation; 3. Anträge und Verschiedenes. Zu Punkt 1 lag ein von der Gauleitung ausgearbeiteter Entwurf und zu diesem noch einige Anträge aus den Verwaltungsstellen vor. Kollege Höf führt in der Begründung des Entwurfs aus: Der Entwurf lehnt sich in seinen Grundzügen an das Verbandsstatut an. Injere Verhältnisse müssen insofern berücksichtigt werden. Der Entwurf gliedert sich in vier Abschnitte, welche behandeln: a) Gauleitung; b) Krisenverwaltungen; c) Gaukonferenzen; d) Bezirkskonferenzen. Zum ersten Abschnitt steht ein von Göttes-Mienburg gestellter und genügend unterstützter Antrag zur Beratung, wonach in die Gauleitung ein Kollege aus den umliegenden Verwaltungsstellen gewählt werden soll. Der Vorsitzende Kollege Keller macht darauf aufmerksam, daß dieser Antrag statutenwidrig ist.

Kollege Göttes ist der Ansicht, daß die Offenbacher Gauleitung nicht unter die Bestimmungen des Statutes falle, da in Köln beschlossen wurde, die hiesigen Verhältnisse in Offenbach selbst zu regeln.

Kollege Seib fragt an, ob die Gauleitung an Stelle der bisherigen Verpflegung getreten sei, was von Kollege Höf aufklärt wird.

Ein Geschäftsordnungsantrag des Kollegen Wurm: Auf 1 mit dem Punkt 2 zu beraten, wird angenommen.

Die Kollegen Wurm, Jung und Höf bekämpfen den Antrag Göttes, der ungewöhnlich und geeignet sei, zwischen Stadt und Land erneut Mißtrauen zu erwecken.

Auf Antrag Kommet-Frankfurt, den Göttesler Wiesbaden unterstützt, wird in die Spezialdebatte eingetreten. Bei § 1 dreht sich die Debatte ausschließlich um den Antrag Göttes. Kollege Göttes füßt sich wiederholt auf den Kölner Beschluß, wohngegen die Kollegen Keller, Jung, Wolter, Krüger, Kommet und Schmidt-Wieber dem entgegenhalten, daß der Kölner Beschluß mit der Gauleitung gar nichts zu tun hat. Der Antrag wird schließlich zurückgezogen und § 1 des Statutes einstimmig angenommen. Ebenso ohne Debatte die §§ 2, 3 und 4.

Kollege Jung erstattet sodann Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind vertreten: 17 Verwaltungsstellen mit 29 Delegierten, und zwar Offenbach 9, Entheim 3, Bieber und Frankfurt je 2, Dausen, Ebershausen, Heusenstamm, Würfel, Weisfischen, Wiesbaden, Mainz, Mühlheim, Köppern, Rumpfenheim, Jügesheim, Neu-Mienburg und Eberoden mit je 1. Montiert wird, daß Eberoden sein Mandat vermissen, die drei vorletzt genannten Delegierten Mandate ohne Stempel hatten. Auf Wunsch des Kollegen Wurm wird protokolliert, daß in Zukunft Delegierte ohne Mandate nicht mehr zugelassen werden, auch müssen dieselben formgerecht und mit Tinte ausgefüllt sein. Für heute werden alle Mandate für gültig erklärt.

Es kommt nunmehr § 5 zur Beratung. Hierzu hat Frankfurt folgenden Antrag gestellt: Jede Verwaltungsstelle des Industriegebietes ist verpflichtet, die Namen und Arbeitsstellen ihrer auswärts arbeitenden Mitglieder derjenigen Verwaltungsstelle mitzuteilen, an welcher der Fabrikbetrieb seinen Sitz hat.

Kollege Kommet führt dazu aus, daß es fast unmöglich sei, in der Agitation vorwärts zu kommen, da Betriebe vorhanden seien, deren Arbeiter alle auswärts wohnen. Es handle sich in erster Linie um die Werkstatarbeiter. Wenn man aber glaube, der Antrag sei nicht durchführbar, dann möge man bessere Vorschläge machen. Ein derartiges Vorbe-

wesen komme allen Verwaltungen zugute. Nach längerer Debatte, an der sich die Kollegen Wurm, Höf, Schmidt-Wieber beteiligen, wird der Antrag zurückgestellt. Kollege Wurm macht noch den Vorschlag, durch eine ständige Betätigungskommission in der Zeitung alle Kollegen darauf aufmerksam zu machen, jeden Arbeitswechsel zu melden.

Göttes: Die Agitationskommission bedeuten unnotigen Ballast, deshalb brauche man sie nicht im Statut vorzusehen.

Nachdem Schmidt-Wieber seinen Antrag auf nur einmalige Berichterstattung im Jahre zurückgezogen, werden die §§ 5, 6 und 7 einstimmig angenommen. § 8 des Entwurfs sieht vor, daß Anträge zur Gaukonferenz zwei Wochen vorher den Verwaltungsstellen unterbreitet werden. Frankfurt verlangt drei Wochen Zeit.

Es sprechen hierzu Kommet, Seib und Wurm. Der Antrag wird angenommen.

Als Tagungsort ist nur Offenbach vorgesehen. Dieser Satz wird gestrichelt, jedoch betont, daß in der Regel nur Offenbach oder Frankfurt in Frage kommen können. § 8 wird angenommen. Ebenso § 9 mit einem Antrag Wiesbaden: Den Verwaltungsstellen, welche nicht in der Lage sind, die Delegationskosten zu tragen, dieselben aus zentralen Mitteln zu erstatten, wenn ein diesbezüglicher Antrag vorher gestellt wird und die Gaukonferenz demgemäß beschließt.

Die Voten werden auf Antrag Bieber auf der Gaukonferenz festgesetzt. Die Delegation erfolgt auf Antrag Frankfurt in der Weise, daß auf je 150 Mitglieder ein, und auf eine überschüssige Zahl von 75 Mitgliedern ein weiterer Delegierter zugelassen wird. Hierauf tritt eine Mittagspause ein.

In der Nachmittags Sitzung kommt Punkt 2 der Tagesordnung zur Beratung. Hierüber referiert Kollege Höf. Nedner behandelt zunächst die Organisation und weist darauf hin, daß sich die Kollegen von den Sattlern dem Widerstandsband der Portefeuller, jetzige Bezirksklasse, durch Einzahlung des pro Kopf vorhandenen Vermögens angeschlossen haben; auch zahlen dieselben in jeder Verwaltungsstelle, in die Sattler überwiesen wurden, den dort vorhandenen Vermögensanteil ein. Es gehören dieser Bezirksklasse nunmehr alle Verwaltungen des Industriebezirks an, mit Ausnahme von Würfel mit 106 und Döbesheim mit 13 Mitgliedern. Von dem Men des Zankvermögens haben die Bezirksunterstützungsgasse gebildet, die gegen einen wöchentlichen Beitrag von 5 Pf. im Falle der Arbeitslosigkeit einen Zuschuß gewährt. Die Einrichtung nimmt an Mitgliedern ständig zu. Für den Amtschlüsselbezirk wurde nach Verschmelzung der in Betracht kommenden Abteilungen ein Beamter eingestellt. Derselbe wird seine verfügbare Zeit dem Gau zuwenden. Vorläufig war es noch nicht möglich, in der Agitation und Konsolidation und Werkstatversammlungen die besten Methoden. Die Zwischenmeister sind erpöht, weil, solange sie organisiert waren, Hoffnungen erweckt wurden, die sich nicht erfüllen. Die Einhaltung des Tarifs von Fabrikanten und Kollegen läßt viel zu wünschen übrig. Wir müssen versuchen, die Agitation mehr in die Tiefe zu leiten. Vor allem sollen die Versammlungen mehr agitatorischen Charakter tragen durch beschneide Vorträge usw. Auch den Tarifvertrag sollte man intensiv durchberaten. In Gemeinschaft mit der Krisenverwaltung Offenbach wurden planmäßig Fabrikversammlungen veranstaltet. Ein Flugblatt in 5000 Exemplaren wurde verteilt. Versammlungen fanden statt in Jügesheim, Entheim, Mühlheim, Klein-Sternheim, Mainz, Heusenstamm und Mühlheim. Mehrere Kollegen gehören der Verwaltung Frankfurt an. Die Mitgliederzahl liegt in Mühlheim von 5 auf 20. Nedner schließt mit der Hoffnung, die Mitgliederzahl des Industriebezirks möge sich in Kürze von 3200 auf 4000 erhöhen.

In der Diskussion sagt zunächst Kollege Würfel: Die Kollegen in Würfel sind für die Bezirksklasse nicht zu haben; ich bin beauftragt, gegen einen derartigen Beschluß entschieden zu protestieren.

Kollege Wurm: Wir müssen versuchen, an die Heimarbeiter und an die Kollegen heranzukommen, welche in Offenbach arbeiten und auf dem Lande wohnen. Betriebsversammlungen der Arbeiter eines Ortes an dem betreffenden Ort sind zwar etwas Neues, dürften uns aber einen Schritt vorwärtsbringen. Nedner wendet sich gegen die Zwischenmeister, die als Arbeiterfeinde zu bekämpfen seien. In scharfer Weise protestiert er gegen die Haltung der Kollegen in Würfel, die wohl alle Wohnstätten Offenbachs, als Kartelle und Sekretariatsbureau usw. in Anspruch nehmen, aber nicht dazu beisteuern. Im übrigen müsse hier Arbeit geschaffen werden, ob Würfel als Stadtteil Offenbachs eine eigene Verwaltungsstelle haben dürfe. Nicht die Kollegen seien widerspenstig, sondern die Krisenverwaltung sei an diesem Zustande schuld.

Wurm schließt sich diesem an. Wenn die Bezirksklasse an Mitgliedern zunehme, sei es ein

Beweis von gutem Zusammenarbeiten von Sattlern und Portefeullern.

Kunz wünscht einen positiven Bescheid über den Zustand in Würzel.

Heller erkennt den Vorschlag Wurms als praktisch in der Agitation an, aber binden könne man sich nicht, da alle Momente in der Agitation benutzt werden müssen.

Rommel-Frankfurt unterstützt den Antrag. Bezüglich Würzels muss Ordnung gemacht werden, es ist dies nicht Sache der Mitgliedschaft eines Ortes, sondern der Gaukonferenz.

Schulz-Entheim: Die Agitation muss, so intensiv als nur möglich betrieben werden. Es ist ein Widerspruch, daß in Würzel gerade das Geld, das im Interesse der Kollegen angesammelt wurde, nun als Hindernis gegen ein einheitliches Arbeiten dienen soll.

In der Angelegenheit Würzel sprechen noch die Kollegen Wurm, Volker, Schmidt, Höf und Mehger. Es wird hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Gaukonferenz steht einmütig auf dem Standpunkt, daß die Verwaltungsstellen Würzel und Dietrichheim, die allein noch der Bezirksklasse fernstehen, unbedingt im Interesse des Industriebezirks und der Tarifgemeinschaft der Bezirksklasse anzuschließen haben.

Die Konferenz beschließt, dahin zu wirken, daß sich die Verwaltungsstelle Dietrichheim Mühlheim oder Offenbach anschließt.

Einstimmig angenommen wird ferner der Antrag Heller betreffend Meldewesen. Ferner wird in bezug auf die Tätigkeit des Entheimer Lokalbeamten im Gau folgender Bescheid gefaßt: Die Gaukonferenz ist der Ansicht, daß der Sitz des Beamten in Entheim bleiben muß.

Kollege Mehger verbreitet sich noch in längeren Ausführungen über das Kartellwesen in kleineren Orten, wo es gar nicht zweckmäßig sei, worauf Kollege Höf meint, man könne auch den Ortsstellen, die doch schon manch Gutes geleistet haben, jetzt nicht die Mittel verweigern, da wir in dieser Hinsicht schon festgelegt sind.

Kollege Göbes wünscht Aufklärung über das nähere Verhältnis der Gaukonferenzen und Bezirkskonferenzen. Es sei besser, der Industriebezirk aufzulösen und nur einen Gau zu bilden.

Kollege Höf: Bezirkskonferenzen sind notwendig wegen der Tarifgemeinschaft; Gaukonferenzen finden nur alle drei Jahre statt.

Kollege Wurm: Kollege Göbes verwechselt fortgesetzt Bezirk und Gau. Medner erläutert dies Verhältnis.

Auf Beschluß der Konferenz besteht die Verwaltung der Bezirksklasse aus sieben Personen, und zwar der Gauleitung, dem Kassierer der Verwaltungsstelle Offenbach und drei Revisoren. Zu solchen werden gewählt: Becker-Hausen, Schmidt-Wieber und Rommel-Frankfurt.

Kollege Henkler drückt den Wunsch aus, zukünftige Gaukonferenzen mögen sich nicht mehr so viel mit Bezugsangelegenheiten beschäftigen.

Im Schlußwort sagt Kollege Höf: Die heutige Gaukonferenz legt Zeugnis ab von dem guten Zu-

sammenarbeiten; wir haben theoretische Arbeit geleistet, sorgen wir dafür, daß unsere Beschlüsse praktisch durchgeführt werden, und schließlich wir eine feste Plazatur gegenüber einem präfixiongrigen Intransigenten.

Nachmals sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Mitglieder aller Verwaltungsstellen im Industriebezirk jeden Wechsel ihrer Arbeitsstelle im eigenen Interesse sofort ihrem Erheber oder ihrer Ortsverwaltung melden sollen. Die Ortsverwaltungen haben diese Meldungen unverzüglich der Gauleitung zu übermitteln.

fern im Westen.

Eine Agitationsplauderei von H. W.

(Schluß.)

Krefeld

nicht mit seinen arabischen breiten Straßen sehr propper aus. Kein Wunder, daß die Stadtschönen sich zur weiteren Zierde die „Langbusaren“ herbeigeht haben. Doch nicht nur dadurch ist Krefeld bekannt geworden, sondern es verdankt seinen Weltreuf der hier domizilierenden Seidenindustrie nebst deren Nebenbranchen, wie Kravatten- und Karamentfabrikation. Auch Tuchwebereien sind hier zu bedeutender Entfaltung gelangt. Das Organisationsverhältnis der Textilarbeiter ist als gut zu bezeichnen. Christliche wie Freie hatten bis vor einigen Wochen das gleiche Stärkerverhältnis. Nachdem aber die „Textilarbeiter-Zg.“ in unverblümtester Weise die Schandtat des Verbandsvorsitzenden Schiffer der christlich organisierten Textilarbeiter bei der Abstimmung zur Finanzreform ans Tageslicht zog, haben sich die Verhältnisse zugunsten des freien Verbandes gewaltig geändert. In hessen Kaufen verlassen die Christlichen ihr Lager und treten dem freien Verbands bei. — Für das Sattlergewerbe ist der Kleinbetrieb vorherrschend. In neun Geschirrbuden sind 7, in 4 der Wagenbranche 8 Gesellen beschäftigt. Außerdem befinden sich noch drei Treibriemenfabriken mit 8 und 2 Reiseartikelabriken mit 6 Gesellen am Ort. Von diesen 20 sind nur 4 organisiert und nur 2 kamen in die am 24. September abendräumte Versammlung. Von den Unorganisierten ist trotz eifriger Hausagitation niemand erschienen. Dabei haben die Kollegen Krefelds alle Veranlassung sich zu organisieren. Denn Entlohnungen von 7—8 M. die Woche bei Kost und Logis ist nichts Seltenes. Auch die übrigen Löhne sind allgemein sehr niedrig bemessen. — Am Sonnabend, den 25. September, fuhr ich nach

Düsseldorf,

der Vecke am Rhein. Hier steht die Maschinenfabrikation in höchster Höhe, in der allein 35.000 Arbeiter beschäftigt werden, wovon 5000 frei und 30000 christlich organisiert sind. Das Sattlergewerbe ist sehr verzweigt. 30 Geschäfte für die Geschirrbauerei mit 40 Arbeitern, 6 der Wagenbranche mit 10, 3 Treibriemenfabriken mit 8, 2 Gleitschuhbetriebe mit 7, 4 Reiseartikelabriken mit 6, 4 Segeltuchbetriebe mit 4 und 1 Waggonfabrik mit 28 Arbeitern. Außerdem sind noch circa 40 Fabrik-sattler vorhanden. Es ist anerkennenswert, daß hier von den Kollegen die Hausagitation eifrig betrieben wurde. In der Waggonfabrik ist nicht ein Mann organisiert, alle jürchten den Terrorismus des Meisters, der jede Organisationsregung mit Entlassung bedroht. Die Direktion dagegen ist nicht verbandsfremd. Das hat die Tatsache bewiesen, daß, als ein Meister einen Stellmacher maßregelte, die Direktion diese Maßnahme korrigiert hat. Auch in den übrigen Betrieben, mit Ausnahme des einen, in dem alle Kollegen organisiert sind, herrschen noch tiefstaurige Zustände. Die Lebensmittel sind teurer wie in Berlin, und doch arbeiten die Gesellen bei 10, und 15stündiger Arbeitszeit für 18 und 20 M. die Woche. Bei Kost und Logis werden 8 M. gezahlt. Die 10stündige Arbeitszeit wird hier dadurch wesentlich verlängert, daß die Frau Meisterin recht spät das Abendessen verabfolgt und bis zu diesem Zeitpunkt die Arbeit fortgesetzt wird. Von den 147 am Orte beschäftigten Sattlern sind leider nur 23 organisiert. Die Versammlung war von 22 Personen, darunter 2 Unorganisierte, besucht, welche fest versprochen, dem Verbands beitreten zu wollen.

Den freien Sonntagvormittag benutzte ich zur Besichtigung der Stadt und der Rheinanlagen, die wohl an Schönheit alle anderen Städte Deutschlands überragen. Der Kuntpalast „Wallrafen“, das Warenhaus „Lieg“, der „Stahlhof“ (Sitz des deutschen Stahlwerksyndikats), die Gymnasien, das Postgebäude und nicht zuletzt das im Hochbau befindliche Gewerkschaftshaus sind wahre Prachtbauten und

gewissen der Stadt zur Zierde. Trotzdem Düsseldorf den Ruf einer kunstliebenden Stadt genießt, scheint das Bedürfnis Kunst zu genießen, unter der Bevölkerung nicht genügend vorhanden zu sein. Die Nachmittagsvorstellung im Stadttheater mit Sebeks „Maria Magdalena“ war kaum von 100 Personen besucht, obgleich der Eintrittspreis als gering bemessen zu bezeichnen ist.

Nach etwas von dem hier herrschenden politischen Terror. In letzter Zeit wurden eine Anzahl Karoche eingemeldet, darunter auch Geresheim, der Sitz des bekannten Uberschafmachers und Glasbüttenkönigs Hermann Geyer. Am 23. und 24. September fanden die Erstwahlen zum Stadtdorordnetenkollegium statt. Was tat der liberale Kandidat Kommerzienrat Geyer? Er ließ „keinen“ Arbeiter, die das Wahlrecht besitzen, je 20 Pf. zur Benützung der Elektrizität anzahlen, trotzdem das Wahllokal keine 10 Minuten entfernt lag. Warum diese Fürsorge? Die Arbeiter konnten, weil sie Entlassung befristeten mußten, die 20 Pf. nicht abweisen. Sie mußten dieselben notgedrungen annehmen, und da die Wahl offensichtlich in ihren Wehker selber wählen. Geyer wurde deshalb auch mit „übergroßer Majorität“ gegen den Kandidaten des Zentrums „gewählt“. Die Sozialdemokratie hatte unter den ohnwillenden Verhältnissen von einer Kandidatur abgesehen, obgleich sie bei den letzten Hurrwahlen zum Reichstage die meisten Stimmen auf sich vereinigte. So werden Deutscher erzogen. — Am 27. September fand eine gut vorbereitete Versammlung in

Köln a. Rh.

statt. Große grüne Plakate an den Anschlagtafeln luden zur Versammlung ein, daneben prangten ebensolche große in gelber Farbe, welche alle Sattler, Portefeuller und Schuhmacher zu der am 28. September stattfindenden christlichen Lederarbeiterversammlung einluden, in der ein Herr aus Virmasens und Nees aus Offenbach als Referenten angekündigt waren. — Die gewerkschaftliche Organisation in unserem Gewerbe ist nur bei den Treibriemen-sattlern als befriedigend zu bezeichnen. Von circa 450 Sattlergesellen sind 135 bei uns, 12 im kirchlichen und 18 im S.-D. Verband organisiert. Die Versammlung hätte durchaus besser besucht sein können. In der Diskussion wurde ein pünktlicher Versammlungsanfang gewünscht und auf den Schnapsboykott hingewiesen. — Der Sattlermeister Bischoff, Luxemburgerstraße, entließ einen Gesellen, weil der älteste Lehrling dasfelbe leistete wie dieser Geselle. Der Lehrling, der elternlos ist und sonst keinen verwandtschaftlichen Anhalt hat, bekommt für seine vom Meister anerkannte Gehilfenleistung 3 M. die Woche, wofür er Kost, Logis, Kleidung alles selbst beitreten soll. Der Lehrling ertrugte um eine kleine Zulage, damit er seinen Hunger stillen könne. Der Meister kennt die Notlage des armen Jungen und hat ihn doch abgewiesen. Der Lehrling wollte das Lehrverhältnis lösen, der menschentunliche Meister droht, ihn mit der Polizei holen zu lassen. Würde die Organisation bei den Sattlergesellen besser sein als bei den wirklich ist, der Meister würde solches Verhalten sich nicht erdreisten.

Die Kölner Versammlung war gleichsam der Abschluß meiner Agitationsstour, die jedoch mehr als eine Orientierungstour zu bezeichnen ist. Wenn ich eingangs meines Berichts erwähnte, daß ich mit hochgepannten Erwartungen auszog, so wollte ich so zu verstehen sein, daß ich meinte, das günstige Zusammentreffen dreier für unsere Verwerkskollegen so wichtigen Momente, wie die Verschmelzung und der damit verbundenen Stärkung unserer Gewerkschaft, die Finanzreform alias Belastung des arbeitenden Volkes und zu guter Letzt die Aufhebung des Wirtschaftsmarktes würden geeignet sein, die Gesamtsollgenenschaft zu regem Versammlungsbesuch und zur Gewinnung neuer Mitglieder aufzumuntern. Wohl kann mit Stolz behauptet werden, daß der Verband der Sattler und Portefeuller im Laufe des dritten Quartals eine beachtenswerte Zunahme zu verzeichnen hat. Doch der Versammlungsbesuch läßt viel zu wünschen übrig. Dies mag zum großen Teil daran liegen, daß der Schwerpunkt der Agitation auf Werkstattbesprechungen und Hausbesuche gelegt wird. — Mögt der Erfolg meiner Agitationsstour sich nicht sofort in die Gewinnung einer großen Anzahl Mitglieder umsetzen, so wird der Nutzen doch nicht ausbleiben. Den Funktionären und den Mitgliedern sind neue Anregungen gegeben worden und ich selbst habe mich so gut wie möglich in den mir bisher fremd gewordenen Verhältnissen orientiert. Werden die begonnenen Arbeiten unablässig weitergeführt, so wird der ausgesprochene Samen aufgehen und die Kollegen werden am Baume der Organisation die Früchte ernten.

*) Zum satzholischen Kirchendienst gehörige Gewänder.

Eingefandt.

Bei der Verteilung der Nr. 26 unserer Nachrichten...

Auch die Berliner Gewerksattler haben mit einer Interessiertheit...

An Beweisen für diese Ansicht der Zentralleitung...

Unter diesen Umständen hat es auch wenig Wert...

Angesichts dieser Geistesarbeit der Zentralleitung...

Da wir aber in der heutigen Gesellschaft die Organisation...

Den Schwarzschern aber, die alles nach der Schablone...

Die Branchen- und Agitationsleitung der Gewerksattler...

M. W. g. A. St. 1. Ann. d. Redaktion. Die Beauftragten der Agitationskommission...

Soziales.

Der sozialdemokratische Parteitag zu Leipzig beschloß sich...

Resolution:

A. Für alle Versicherungsweige.

- 1. Volkss Selbstverwaltungswesen für die Versicherenden... 2. Wahl der in der Arbeiterversicherung tätigen Vertreter... 3. Übernahme der Kosten für die Versicherungsbehörden... 4. Erhöhung der Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht... 5. Einheitlichkeit des Rechtsweges... 6. Ausdehnung der reichsrechtlichen Bestimmungen...

B. Für die einzelnen Versicherungsweige.

- 1. Zentralisierung der Krankenversicherung... 2. Aufrechterhaltung des bisherigen Selbstverwaltungswesens... 3. Ausgestaltung der Fürsorge für die Versicherten... 4. Den Krankentafeln ist das Recht einzuräumen... 5. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter...

II. Unfallversicherung.

- 1. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle Arbeiter und Angestellten... 2. Bei der Berechnung der Entschädigung für die durch Betriebsunfälle zu Schaden gekommenen Versicherten... 3. Die Entschädigungspflicht ist auszudehnen auf alle Unfälle... 4. Bei der Ermittlung des Unfallvorganges... 5. Die Entschädigungspflicht der Träger der Unfallversicherung... 6. Entschiedene Zurückweisung der Bestimmungen...

mung, wonach für den Fall, daß der Verletzte einen höheren Verdienst erlangt als vor dem Unfall...

7. Ablehnung der Bestimmung des Entwurfs, daß eine Rente von 20 Proz. der Vollrente...

8. Die Anstalten, die in inländischen Betrieben Unfälle erleiden...

III. Invalidenversicherung.

- 1. Die Versicherungspflicht ist auszudehnen auf alle gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten... 2. Alle privaten Ersparnisse sind zu verbieten... 3. Jede Beitragsklasse hat den vollen Jahresarbeitsverdienst... 4. Die Invalidenrente ist zu bewilligen... 5. Die Invalidenrente ist entsprechend der Invalidenrente zu erhöhen... 6. Das Selbstverfahren ist für die Angehörigen zu sorgen...

IV. Hinterbliebenenversicherung.

- 1. Witwenrente ist allen Witwen der Versicherten zu gewähren... 2. Für jedes Hinterbliebene, unter 16 Jahre alte Kind... 3. Bei mehreren Kindern findet die Gesamtrente ihre Grenze... 4. Uneheliche Kinder sind den ehelichen gleichzustellen... 5. Den Hinterbliebenen eines Ausländers...

Welche Lust ein Pferd zu sein.

In dem Organ des Tierfachvereins lesen wir folgendes: Der 'Matador'...

Paradebekleidung vorgefickt. Am 9. Oktober 1883 starb es im Alter von 35 Jahren. Dr. R.

Es ist gewiß etwas Lobenswerthes, der Tiereschuh für jeden vernünftigen Menschen übrigens auch etwas Selbstverständliches. Doch dieselben Herrschaften, die so unangehörig eifrig in „Tiereschuh“ machen, sind fast ausnahmslos die größten Menschenverwüster. In den feudalsten Kreisen ist der „Tiereschuh“ vornehmlich zu Hause, denn Tiere kosten Geld! Wohl keine Wode vergeht, wo nicht die Tagespresse die Nachricht bringen kann, dieser oder jener Kriegsinvalid, der 68 und 70/71 im Kriege war und dort seine gesunden Knochen lassen mußte oder sich dauerndes Siedtum zugezogen hat, war gezwungen, wollte er nicht schwächlichen Hungertodes sterben, sich selbst zu entleeren. Erst dieser Tage greift wieder hier in Berlin ein Zimmermann zu diesem Radikalmittel, um sich seiner unerträglichen Leiden zu entledigen. Der Vater Staat hat bekanntlich kein Geld, um die armen Kriegsteilnehmer, die Leben und Gesundheit in die Schanze schlugen zugunsten der belagerten Klasse, in den Jahren der Not und des Elends auch nur einigermaßen zu unterstützen.

27-jährige Dienzeit! Gewiß eine ansehnliche Leistung für ein Pferd. Aber wie viele im Staatsdienst ergraute Proletarier in der Uniform, etwas anderes sind die Intendanten der Post und Eisenbahn doch nicht, hat man nach weit längerer Dienzeit zum Teufel gesagt, wenn sie es gemagt hatten, nur mit der Wimper zu zucken, oder gar sich zu organisieren, um ihre schier unerträglich niedrigen Löhne etwas aufzubessern. So hat die Postdirektion und desgleichen auch die Eisenbahndirektion Berlin erst vor wenigen Tagen langjährige Angestellte gemehrgelobt, weil sie im Verdacht standen, organisiert zu sein begn, in Verammlungen und im Arbeiterauschuss die Interessen ihrer Kollegen ganz beschneiden, ach gar zu beschneiden, zu vertretten wagten. Und dabei waren die Leute doch so leicht zufriedenzustellen. Sie verlangten bei weitem nicht das, was dem berühmten Pferde freiwillig gegeben wurde. Sie verlangten weder nach der Dienzeit eine besonders gute Pflege, noch verlangten sie spazieren geführt und ebensoviele von Dragoonern in Paradebekleidung vorgefickt zu werden. Auch auf die Ausstoppung nach dem Tode würde man sicher gerne verzichten, um so mehr, wenn es infolge besserer Bezahlung dieser „Staats“-Proleten möglich wäre, bei Lebzeiten ihren Körper etwas mehr „auszuspinnen“. Sie verlangten nur ein wenig mehr Brot, Futter und Weat, um nur einigermaßen die Familie über Wasser halten zu können. Und schon die Neuherrn dieses unmenselichen Verlangens wurde, in jener „Herzlichen“ Weise möchte man sagen, mit dem Hungertümpel bestraft. Doch darüber weiß der Tiereschuhwever nichts zu berichten, denn es sind dieselben Leute, die am liebsten das Pferd auf den Wagen setzen, den Kutscher aber vor den Wagen spannen möchten. Also es bleibt dabei: Es lebe das Pferd!

Zur Charakteristik der Volksauspöndierung in Deutschland. Der englische Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey legte dieser Tage auf Verlangen eines liberalen Mitgliedes dem Unterhause eine vergleichende Darstellung der deutschen Reichsfinanzreform und des neuen von den englischen Juntoren so heftig bekämpften englischen Budgets vor. Die Gegenüberstellung der aus der deutschen Finanzreform erwarteten jährlichen Einnahmen und der von der englischen Regierung geforderten Mehrbelastungen zur Balanzierung des nächstjährigen Etats gestaltet sich folgendermaßen:

	Deutschland Mill. Mk.	England Mill. Pst.
Zee- und Kaffeezollerhöhung	37,0	0,0
Zuckersteuer	85,0	0,0
Biersteuer	100,0	0,0
Zahlfsteuer	43,0	88,0
Brauwassersteuer	80,0	82,0
Stammweinsteuer	5,0	0,0
Waldölsteuer	25,0	0,0
Stempelsteuer	20,0	0,0
Grundstückübertragungen	40,0	0,0
Stempel	68,5	1,5
Steuern	20,0	0,0
Wagengebühren (für Bierausgang usw.)	0,0	52,0
Verkehrssteuer	0,0	57,0
Steuer v. arbeitslosem Einkommen	0,0	70,0
Grundwertzuwachssteuer	0,0	1,0
Automobilsteuer	0,0	1,2

Nach einer Berechnung der „Daily News“ treffen von den deutschen Steuern die breiten Massen 360 Millionen, von den englischen aber nur 70 Millionen.

Rundschau.

Landtagswahlen in Baden und Sachsen. Am 21. Oktober finden in Baden und in Sachsen die Landtagswahlen statt. Während das Wahlrecht in Baden wenigstens als einigermaßen annehmbar be-

zeichnet werden kann, kann dieses vom sächsischen Wahlrecht, welches die Sachsen bekanntlich in vier verschiedene Klassen teilt, nicht gesagt werden. Es ist von der reaktionären sächsischen Kammer nach langen Stachelgereien derart zusammengestellt worden, daß der sächsische Spießbürger nur Ruhe den kommenden „Ereignissen“ entgegensehen kann. Eine nennenswerte Vertretung im Landtage dürfte die sächsische Arbeiterkassette unter diesem Wahlrecht wohl kaum erreichen, doch sind bei der jetzigen Stimmung Hebererforderungen keineswegs ausgeschlossen. Auch an unsere Kollegen beider Länder richten wir den Appell, jedes bishigen politischen Rechte auszunützen, um Einfluß zu gewinnen auf die Landesgesetzgebung der beiden Staaten.

Dienstliche können wir auch hier noch staatsgemüthlicher Wahl berichten, wie es in Essak, Vordringen und Meinungen sich ja erst wieder in je klaranter Weise zeigte: die Sozialdemokratie, die einzige ehrliche Arbeiterpartei Deutschlands, sie marschiert, trotz alledem!

Lohnforderungen der sächsischen Arbeiter in Mainz. 400 sächsische Arbeiter in Mainz protestierten entrüthet gegen die Verschleppung ihrer Eingabe wegen Lohnverhöhung durch die Bürgermeisterei. Eine Resolution fordert unverzüglich Regelung der seit zwei Jahren unerledigten berechtigten Forderungen der sächsischen Arbeiter.

Aus dem Mansfelder Streikrevier. Die Situation verschärft sich. Die Direktion der Mansfelder Gewerkschaft lehnt jedes Entgegenkommen und Verhandeln in der schriftlichen Form ab.

Die Riesenversammlung, die am 6. d. M. in Dettlitz tagte, hatte beschlossen, das Oberbergamt Halle als Einigungsamt anzurufen. Am selben Tage sprach die Verhandlungskommission auf dem Oberbergamt in Halle vor. Der Berghauptmann war nicht anwesend. Ein anderer Bergart versprach schließlich nach längerem Unterhandeln, bei der Generaldirektion telephonisch anzutragen und der Streikleitung das Resultat dann telephonisch mitzuteilen. Herr Dr. Bogefang, Generaldirektor der Mansfelder Gewerkschaft, lehnte indes das Oberbergamt als Einigungsamt ab. Er verhandele mit niemandem, so meinte der Herr, möge es sein, wenn es wolle, nur mit dem geschlecht von den Arbeitern gewählten Arbeiterauschuss verhandele er. Der Arbeiterauschuss hat aber bereits am 5. d. M., also 2 Tage zuvor, von Herrn Bogefang die Antwort erhalten, daß er sich auf nichts einlasse.

Hierzu meldet das „Leipziger Tageblatt“, daß der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Dittlich, in Eisenstein eingetroffen ist. Dr. Dittlich ist, da Leipzig rund 7000 Mansfelder Muxe besitzt, Vorhänger des Aufsichtsrates der Mansfelder Kupferhütte benachbarten Gewerkschaft. Die Verwaltung soll bereit sein, am Donnerstag mit dem legalen Arbeiterauschuss zu verhandeln. Wie das „Leipziger Tageblatt“ von „authentischer“ Seite hört, soll die Zahl der Streikenden 500 betragen.

Die Wirkung des Streiks erhellt aus der Tatsache, daß jetzt täglich nur 28 Wagen Erze befördert werden können gegen 1200 Wagen vordem.

Die Ruhe und Ordnung ist bisher in keiner Weise gestört worden. Trotzdem ist bereits ein Gendarmereioffizier in Stärke von etwa 40 Mann von auswärts eingetroffen. Die Wartehalle der Station Sierlesben ist zu einem Wachtlokal für die Sicherheitsbeamten eingerichtet. Die Streikleitung wird sich alle Mühe geben, damit die bewaffnete Macht nicht in Aktion zu treten braucht, um die Unschlüssigkeit dieser Vorkehrung zu beweisen. — So einstimmig, wie der Beschluß am 7. Oktober gefaßt wurde, die Arbeit auf den Euar- und Freisleben-Schächten niederzulegen, ebenso einstimmig und prompt wurde dieser Beschluß am 8. Oktober durchgeführt. Beide Betriebe liegen still. An der Direktion liegt es jetzt, ein weiteres Umschwimmen des Streiks zu verhindern. Nimmt sie die Kündigungen zurück, ist der Streik beendet.

Der Streik ist infolgedessen noch besonders interessant, weil es sich hier um die berühmten „reichs-treuen“ Bergarbeiter handelt. Politisch standen die Leute bisher auf dem rückständigsten Standpunkte. Sie waren bisher die Schut- und Wählertruppen des bekannten freikonserativen Schachtmachers und Hänge-Peters-Freundes Dr. Arentz, der im Reichstage sich Grund dessen stets als ein von Arbeitern gewählter Abgeordneter bezeichnete. Also auch hier scheinen wohl die christlichen Gewerkschaftsführer durch ihre Wahrungspolitik höherer politischer Gesichtspunkte dem Hasse den Boden ausgeschlagen zu haben.

Wir solidarischen.

Aus unserem Beruf.

Offenbach, Mittwoch, den 6. Oktober, sollte Termin der Schlichtungskommission in der Klage gegen die Firma Ludwig Krumm stattfinden. Während die Arbeitnehmerbeisitzer, der Vertreter

der Firma, Herr Bäuerle, sowie der Vorsitzende, Herr Meißner Schneider, pünktlich zur festgesetzten Stunde im Gebäude der Handelskammer der Dinge hatten, die da kommen sollten, hatten die Herren Arbeiterbeisitzer jedenfalls die ganze Geschichte vergessen! Schließlich mußte nach Verlauf einer halben Stunde, nachdem auch auf telephonischen Anruf keiner der Herren erschienen war, die Sitzung verlagert werden.

Inzwischen haben sich bei der Firma noch verschiedene Mißstände herausgestellt, die wir zum nächsten Termin noch mit einer Anfrage stellen werden. Aufgehoben ist nicht aufgehoben, und dieser Firma muß einmal gesagt werden, was eigentlich im Tarifvertrage steht.

Der sogenannte christliche Lederarbeiterverband hielt vom 26. bis 28. September in Köln seine fünfte Generalversammlung ab. Es fand eine „Kearlung“ der Unterklasseneinrichtungen statt, jedoch treten in den Verträgen Änderungen nicht ein, sie bleiben wie selber bestehen, wie die „Deutsche Lederarbeiterzeitung“, das christliche Organ, schreibt, nur — soll jedes Mitglied alljährlich zwei Extrabeträge a 25 Pf. leisten. Der Hauptvorstand behält seinen Sitz in Frankfurt a. M. Der Sitz des Ausschusses bleibt in Köln. Das beabsichtigt gewesene ständige Exekutivorgan des Verbandsorgans wurde abgelehnt, da dieses zurzeit „praktisch nicht durchführbar“ sei. Die Zeitung versucht übrigens in letzter Zeit den Eindruck zu erwecken, als ob auch ein nennenswerter Teil von Sattlern diesem Verbandsangehörte, was bekanntlich nicht der Fall ist.

Korrespondenzen.

Chemnitz. (E. 8. 10.) Am Montag, den 27. 9., fand hier eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Partsch-Preslau sprach über das Thema „Was wir wollen und was wir sollen“. Referent schilderte die Entwicklung der Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Reicher Beifall lohnte seinen Vortrag. Die einbrachte Resolution wurde einstimmig angenommen. Aufschickend an den Vortrag fand eine rege Diskussion statt. Für die schwedischen Arbeiter wurde die zweite Rate (10 Mark) aus der Lokalkasse bewilligt. Die Versammlung war außer unseren Mitgliedern, welche ziemlich vollständig erschienen waren, trotz der Einladungen aller übrigen Kollegen, schlecht besucht und die Lautheit und Rücksichtslosigkeit feierte Triumphe.

Dortmund. (E. 4. 10.) Am 30. September fand im Verbandslokal, Nordstr. 1, eine öffentliche Versammlung statt. Wir freuten uns schon vorher auf das Referat, welches Kollege W. Einschild übernommen hatte und waren sehr eriaunt, als Kollege Berger-Essen eintraf, welcher einen interessanten Vortrag hielt: „Was wir wollen, was wir sollen?“, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Zwei Indifferenten waren erschienen, einer ließ sich aufnehmen. Die Versammlung war schlecht besucht, obgleich tüchtig agitiert worden war. Nur 18 Kollegen waren anwesend.

Dresden. (E. 4. 10.) Am 20. September tagte in den „Reichshallen“ eine öffentliche Sattler- und Portefeuller-Versammlung. Gauleiter M. Partsch-Preslau, referierte über das Thema: „Was wir wollen, was wir sollen!“ Nach dem Kriege 1870 war speziell bei uns in Deutschland der Boden günstig für die industrielle Entwicklung. Mit der Industrie zugleich entstanden natürlich auch die Gewerkschaften. Durch den Einfluß, welchen schon damals die Kapitalisten bereit mit den Juntoren auf die Regierung hatten, wußten sie es dahin zu bringen, daß im Jahre 1878 23 Gewerkschaften aufgelöst wurden. Nach der Auflösung arbeitete eine aufgekärte, mutige Schar, trotz Streikverbot, ZuchtHausparagrafen, Gefängnisstrafen und anderem mehr, an dem großen Ziele weiter, die Arbeit aus den Fesseln des Kapitals zu befreien. Und die Früchte sind nicht ausgeblieben; zählt doch heute die freie Gewerkschaftsbewegung 2 Millionen Mitglieder. Die Christlich-Dundersche Richtung, im Jahre 1868 gegründet, fand wenig Gegenliebe bei den Arbeitern, denn heute nach 40 Jahren zählen die S.-D. Gewerksvereine nur circa 100 000 Mitglieder. In welcher vorteilhafter Weise die Verbände der Sattler und der Portefeuller gearbeitet haben, zeigte Redner an der Hand der Statistik 1907/1908. 65 Proz. der gezahlten Beiträge wurden den Mitgliedern in Gehalt von Unterklassungen zurückvergütet, nur ein relativ geringer Prozentsatz der Beiträge wurde für Verwaltungszwecke verwendet, da ein großer Teil der Kollegen die Verwaltungsgeschäfte ohne jedwede Entschädigung ausführt. Nicht nur die bare Rückvergütung hatten die Kollegen, sondern, was viel wichtiger ist, auch Arbeitszeitverlängerungen und Lohnverhöhungen erreichten die Verbände für ihre Mitglieder. Das Wirken des Verbandes verglich Redner mit einer großen, sich selbstregierenden Familie. Nun, Kollegen, die Ihr noch interesselos beiseite steht, ist es nicht Eure ver-

damite Pflicht und Schuldigen, auch den nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen ringenden Kollegen anzuschließen? Darum hinweg mit aller Gleichgültigkeit, treten ein in den Verband der Sattler und Portefeuller, denn Einigkeit macht stark! Meider Reifall zeigte die Hebererfassung der Anwesenden mit dem Redner. Im Anschluß an den Vortrag wurde eine im Sinne des Vortrages gehaltene Resolution einstimmig angenommen. Sämtliche Debatterredner forderten nochmals die unorganisierten Kollegen auf, sich dem Verbands der Sattler und Portefeuller anzuschließen. Nach einem begeisterten dreifachen Hoch auf den Verband der Sattler und Portefeuller schloß der Vorsitzende die von 126 Kollegen besuchte Versammlung.

Leipzig. (E. 6. 10.) Am 28. September fand im „Volkshaus“ eine öffentliche Sattler- u. Portefeuller-Versammlung statt, in welcher Kollege Partsch-Verslau über das Thema: „Was wir wollen, was wir sollen“ referierte. Der Redner schilderte in großen Zügen die Entwicklung der Gewerkschaften. Die Entwicklung der Technik und die sich daraus ergebende Umgestaltung des wirtschaftlichen Lebens hatten die Grundlage dazu geschaffen. Die Arbeiterbewegung entwickelte sich langsam und stetig. Durch das Sozialistengesetz, welches 1878 in Kraft trat, wurden 23 Gewerkschaften aufgelöst; 1890, nach dem Fall dieses Schandgesetzes, blühten diese um so kräftiger wieder empor. Dann kommt der Redner auf den Ausbruch des Schwarz-blauen Kartells zu sprechen und betont, daß in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs dieses Steuergesetzes ein Verbrechen am deutschen Volke ist, hier zeigte sich wieder deutlich, wie es mit der woken Kompottschüssel des Arbeits bestellt ist. Auch die Reichsversicherungsordnung, welche uns beehrt werden soll, ist darauf zugeschnitten, das Selbstverwaltungsrecht in den Kranken- und freien Hilfskassen illusorisch zu machen. Den Machthabern sind diese Kassen in ihrer jetzigen Form schon lange ein Dorn im Auge. Auch gedachte der Redner der Frauen- und Jugendbewegung, diese zu fördern, sei Pflicht eines jeden fortschrittlichen Arbeiters. Mit einer Aufforderung an die dem Verbands noch fernstehenden Kollegen, sich in die Reihen ihrer Arbeitsbrüder zu stellen, schloß der Kollege Partsch seinen mit Reifall aufgenommenen Vortrag. Hierauf fand eine kurze Diskussion statt. Eine Resolution im Sinne des Referats fand einstimmige Annahme. Der Vorsitzende güt noch bekannt, daß eine Statistik für Leipzig aufgenommen werden soll und betont, daß es Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin ist, diese Fragebogen wahrheitsgemäß auszufüllen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Stuttgart. Am 2. Oktober fand unsere Mitgliederversammlung, die zugleich eine Agitationsversammlung war, statt. Unter Mitteilungen berichtet der Vorsitzende über eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände betr. Fortsetzung der Sammlungen für die Schweden. Die Versammlung stimmt dem Beschluß einer Vertrauensmännerfraktion zu: 100 Mk. aus der Kassa zu bewilligen. (Durch Listen wurden 110 Mk. genehmigt.) Infolge der Hebe des Zentrumsabgeordneten Andre gegen das städtische Arbeitsamt sowie anderer Führer der „Christen“ beschloß der Gemeinderat, trotzdem keinerlei Beweise für die Nichtigkeit der Anschuldigungen gegen das Arbeitsamt erbracht werden konnten, die Auszahlung von Reiseunterstützung durch das Arbeitsamt ab 1. Oktober einzustellen. Zum Auszahler der Reiseunterstützung wurde Kollege Sahn gewählt. Zum 2. Punkt referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Hildenbrand über: „Reichsfinanzreform und Gewerkschaften“. Redner führte etwa aus: Die Reichsfinanzreform ist so tief einschneidend in unser Wirtschaftsleben und berührt die Interessen der Arbeiter in solch hohem Maße, daß die Gewerkschaften nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht haben, als solche Stellung zu derselben zu nehmen. Falls ist die Behauptung unserer Gegner, daß die Arbeiter überhaupt keine Steuern zahlen wollen. Wir verlangen nur, daß dieselben nach dem Grade der Leistungsfähigkeit der verschiedenen Volksschichten aufgebracht werden sollen. Redner beiprucht zuerst die Steuerpolitik des Reiches seit Veltchen deselben und betont, daß 1875 erstmals zu den indirekten Steuern gegriffen wurde. 1898 schon ungenügend, wurde zu den Getreidezöllen übergegangen. So ging es Schritt für Schritt weiter. Nach Ablauf einiger Jahre wurden immer wieder entweder der Steuerfuß erhöht oder neue Lebensmittel besteuert. 1875 brachte das Reich an indirekten Steuern 224 Millionen Mark, 1908: 1068 Millionen Mark und für 1909 sind 1258 Millionen Mark berechnet. Je geringer das Einkommen, desto größer wird dieses prozentual durch die indirekten Steuern belastet. Das Volk mecht diese Art von Steuern am allerwenigsten direkt und wehrt sich deshalb dagegen viel zu wenig. In leidenschaftlicher Weise ging nun Redner, der selbst Mitglied der Reichs-

finanzkommission war, auf die verschiedenen in der Reichsfinanzreform enthaltenen Steuern und deren Wertungen ein. Wenn eine Steuer auftrifft und wirkt, so ist es die Zündholzsteuer. Diese wird sowohl Zündholz, namentlich in den Köpfen der ArbeiterInnen anheben, daß eine starke Zunahme von wirklichen Arbeitervertretern bei der nächsten Reichstagswahl zu erwarten ist. Das Zentrum hat bei dieser Reform gezeigt, wie miserabel es Arbeiterinteressen vertritt hat. Die sogenannten Besitzheueren haben in letzter Linie die Nichtbesitzenden zu tragen. Der Hausbesitzer schlägt die Grundheuern auf den Mietzins. Andere Steuern dieser Art werden vom Unternehmer und Bankbesitzer auf die Produktionskosten umgelegt. Käufer und Konsumenten sind die Geopfert. Was die Gewerkschaften in jahrelangen schweren Kämpfen und Ringen an Lohnerhöhung für die Arbeiter erzielen, hat die Finanzreform mit einem Schlage um die Hälfte gemacht. Nur starke, geschlossene, sämtliche Arbeiter ihres Berufes umfassende Gewerkschaften werden nach Hebung des wirtschaftlichen Niedergangs in der Lage sein, die Löhne mit der Verteuerung der Lebensmittel wieder in Einklang zu bringen. Dem Arbeiter muß es durch seine Organisation möglich gemacht werden, nicht nur sich und seine Familie anständig zu ernähren, sondern auch für die Tage der Arbeitslosigkeit und Krankheit einen Sparpfennig zu erübrigen; das war bis jetzt nicht möglich. Damit dürfen wir uns aber nicht begnügen. Wir müssen dem Ziel entgegenfeuern: Die Produktionsverhältnisse so zu gestalten, daß der Arbeiter nicht mehr Elende, sondern Herr seiner Arbeitskraft ist. Stimmlicher Reifall lobte den Redner für seine aufklärenden Ausführungen. Nach kurzer Diskussion schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung an die Kollegen, das Gehörte zu beherzigen und durch Mitarbeit jedes einzelnen eine Verbesserung unserer Lage anzustreben, die von 83 Mitgliedern besuchte Versammlung um 12 1/2 Uhr.

Zeig. (E. 9. 10.) Am 30. September 09 fand eine öffentliche Versammlung der Sattler und verwandten Berufsangehörigen im Restaurant Kämpfe statt. Gauleiter Kollege Schneider-Köln sprach über das Thema: „Was wir wollen? Was wir sollen!“ Der Redner schilderte in sachlicher und ausführlicher Weise die politische und wirtschaftliche Lage, ging des näheren auf die bestehende Krise und den Kampf in Schweden ein. Ferner führte er uns die Verteuerung aller Lebensmittel usw. Har vor Augen, wodurch eine Familie mit jetzt 120 Mk. jährlich mehr belastet wird und gibt hier zu verschiedene Beispiele. Redner führt den Versammelten vor Augen, daß es nur einen Weg zur Rettung gibt, und zwar den Anschluß an die Berufsorganisation. Die Ausführungen des Redners wurden mit starkem Beifall belohnt. Die Versammlung war von 50 Personen besucht; 3 neue Mitglieder wurden aufgenommen.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die Berichtsstarte für die Arbeitslozenzählung vom 3. Quartal 1909 haben bis zum 12. Oktober noch nicht eingelangt: Bamberg, Dessau, Ehlingen, Frankfurt a. M., Halle, Garburg, Kl.-Steinheim, Koburg und Zwickau.

Wir ersuchen die Mitglieder der Verwaltungsstellen, darauf zu dringen, daß diese Berichterstattung sowie die fällige Quartalsabrechnung zu dem festgesetzten Termin in Händen des Zentralvorstandes sind.

Die Verwaltungsstellen Gaienhäusen, Rembrücken und Dietesheim haben sich der Verwaltung Dissenbach angeschlossen.

In Stargard i. P. wurde eine neue Verwaltungsstelle gegründet.

In Dortmund beträgt der Beitrag nicht wie irrtümlich gemeldet wurde 55 Pf., sondern nur 50 Pf. Der Vorstand.

Bücherschau.

In Freien Stunden. Wochenschrift für Arbeiterfamilien. Preis 10 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Die Hefte 39 und 40 sind erschienen.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Die Hefte 40 und 41 sind erschienen. Abonnement vierteljährlich 3.- Mk. Zu beziehen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Parteipostämter. Probenummern umsonst vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Briefkasten der Redaktion.

Die Berichte von Rauben und Neutlingen mußten wegen Platzmangel zurückgestellt werden.

Adressenänderungen.

- Kaiserlautern. B. Carl Emig, Gasstraße 41.
- Giebeln. B. Gottfr. Friedrich, Reiflaur. Graf Deuer, am Bahnhof.
- Magdeburg. R.-M. und R.-M. beim B. Chr. Thiborn, Bismarckstr. 43, Hof part. 12 1 und 6-7, Sonntags 12-1.
- Ayolba. K. E. Schiewid, Dornburgerstr. 16.
- Baureuth. B. Hans Reufam, Kreuz 13 1/2.
- R.-M. ab 1. 12. beim K. Anton Ditz, Kreuz 8.
- V. Centralhalle, Kreuz 32.
- Stuttgart. R.-M. bei Samuel Hehn, Poststraße 130 III, 6-9 Uhr.
- Mannheim. B. Arth. Rohland, Langstr. 39b 1.
- Hannover. B. A. Weirner, Strangriede 46 part.
- Bautzen. V. „Stadt Zitton“.
- Stargard i. P. Vertrauensmann Fr. Baumann, Thiastr. 23a.

Sterbetafel.

Dissenbach. Peter Pierrath. Ehre seinem Andenken!

Verfallungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns einlaufen.)

Baugen. Sonnabend, den 23. Oktober, 1/2 9 Uhr abends. Mitgliederversammlung in Stadt Zitton.

Anzeigen.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsgenossen Deutschlands „Hoffnung“ E. 5. 64, Berlin.

Quartalsversammlungen

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht vom 3. Quart.
 2. Kassenabrechnung.
 3. Verschiedenes.
- Magdeburg. Sonnabend, den 23. Oktober, abends 1/2 9 Uhr in der Burgalle.
 - Stuttgart. Sonnabend, den 16. Oktober, Kollbühlstraße 61, bei Lauterwasser.
 - München. Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, Jägerstraße 16 (Kampfgarten).
 - Mülheim (Ruhr). Sonntag, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Vorstedt.
 - Berlin. Sonnabend, den 23. Oktober, abends 9 Uhr, im Restaurant von G. Weidmann, Grünstr. 21.
 - Bismar. Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Café Schmidt, S. d. Chor 7.

Tüchtiger Sattler

auf Holzboffer mit Leder- und Blechbeschlag, zu guten Akkordsätzen oder Stundenlohn 50 Pf., per sofort gesucht. Nur gut eingearbeitete Leute wollen sich melden.

H. Kahlow & Co., Bremen, Neustadtswall 15.

Sattler

gesucht an jedem Ort, welche Vertretung hoheleg. Neuheiten (erstklass. Weihnachtsartikel) nebenbei übernehmen. Hoher Verdienst. Auskunft vollständig, kostenlos. Hermann Wolf, Zwickau i. Sa., Nordstraße 30.

Die beiden Kollegen Storwasser und Keller werden erjucht, ihren Aufenthalt baldmöglichst anzugeben an Karl Dötterer, Derlitz bei Jülich, Halbenstr. 15 II.

Koch's Sattler-Nähmaschinen

neuester, vollkommenster und leistungsfähigster Konstruktion begeben Sie am besten und billigsten, auch auf Teilzahlung, von August Mappes, Heidelberg.

Allen früheren Kollegen, allen Freunden und Bekannten zur gest. Nachricht, daß ich das Lokal — Venaustraße 7, Nizdors, — übernommen habe. Sonnabends und Sonntags musikalische Abendunterhaltung. Vereinszimmer noch täglich frei, 25-30 Personen fassend. Mit kollegialischem Gruß Carl Richterberg.